Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 27. November 2013
Ausgabe 226
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› OB Ude zur Leerstandsdebatte: Wer fälscht denn hier? 4
› Stadtrat: Claudia Tausend geht – Christoph Frey rückt nach 5
› Christkindlsingen am 1. und 3. Advent 6
› Hausbau: Experte erklärt, was beim Bauvertrag wichtig ist 6
› Reihe „Green Visions“ zeigt Film über Klimawandel 6
› Fotoausstellung „Polares Licht – reloaded“ im Statistischen Amt 7
› „DECOLONIZE MÜNCHEN“: Arbeitskreis Panafrikanismus München 7
› Führung durch die Ausstellung „Hermann Landshoff“ 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Donnerstag, 28. November, 9 Uhr, Marie-Luise-Fleißer-Realschule, Schwanthalerstraße 87, Treffpunkt: vor dem Haupteingang
Presserundgang durch das renovierte Gebäude der Marieluise-Fleißer-Realschule und der im selben Gebäude untergebrachten Grundschule mit Bürgermeisterin Christine Strobl und Stadtschulrat Rainer Schweppe. Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten befindet sich das Gebäude jetzt in einem einwandfreien Zustand und bietet den Schülerinnen und Schülern wie auch den Lehrkräften bis zu Beginn der Generalinstandsetzung 2018/2019 ein angenehmes Umfeld. Erneuert wurden unter anderem Sanitärgegenstände in sämtlichen Toiletten, schadhafte Putzstellen wurden saniert. Es fanden zudem eine Generalreinigung der Sanitäranlagen sowie umfassende Malerarbeiten im gesamten Gebäude statt.

Wiederholung
Donnerstag, 28. November, 11 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Die gemeinnützige Münchner Organisation „Die Umwelt-Akademie e.V." wird als offizielles Projekt der „UN-Dekade Biologische Vielfalt" gewürdigt. Die Auszeichnung in Form einer Urkunde wird von Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, an Dr. Nico Döring in seiner Funktion als Mitglied des Vorstands der Umwelt-Akademie und Projektleiter des Themenschwerpunktes „Biodiversität" übergeben. Der Preis wird an Projekte verliehen, die sich auf vorbildliche Weise für die Erhaltung der biologischen Vielfalt einsetzen. Die Auszeichnung zum UN-Dekade-Projekt findet im Rahmen der Aktivitäten zur UN-Dekade Biologische Vielfalt statt, die von den Vereinten Nationen für den Zeitraum von 2011 bis 2020 ausgerufen wurde. Ziel der internationalen Dekade ist es, den weltweiten Rückgang der biologischen Vielfalt aufzuhalten.

Wiederholung
Donnerstag, 28. November, 11.30 Uhr, Baustelle Möhlstraße 14
Die Stiftung „Wir helfen München" unterstützt den Bau der jüdischen Kinderkrippe mit 250.000 Euro. Zur Scheckübergabe sprechen Oberbürgermeister Christian Ude, Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, und Harald Strötgen von der Stadtsparkasse München als Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Wir helfen München".

Wiederholung
Donnerstag, 28. November, 18.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte zum ersten Jahresempfang des Münchner Muslimrates. Der Muslimrat vertritt seit zehn Jahren die kommunalen Belange des Großteils muslimischer Gruppen in der Stadt. Er fungiert als Mittler und Brückenbauer zwischen muslimischen Religionsgemeinschaften und der Verwaltung. Zum Jahresempfang unter dem Motto „Begegnen und Kennenlernen" sind Gäste aus Politik, Religionsgemeinschaften, Verwaltung, Verbänden und Initiativen eingeladen. Insbesondere die muslimischen Vereine wurden ermuntert, ihre nichtmuslimischen Partner zu dem Empfang einzuladen, um den interreligiösen und interkulturellen Austausch weiter zu befördern. Die Gäste erwarten Programmpunkte wie die Ausstellung „Meine Moschee von nebenan", der Kinderchor „Mondschein" und ein Bericht der Münchner Kammerspiele über ihr Projekt „Urban Prayers".

Wiederholung
Donnerstag, 28. November, 19 Uhr,
Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1
Zur Eröffnung der Ausstellung „Hermann Landshoff – eine Retrospektive. Photographien 1930 – 1970" sprechen Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums, Stadtrat Michael Leonhart (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. Ulrich Pohlmann, Leiter der Sammlung Fotografie, und Andreas Landshoff, Nachfahre der Familie.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 28. November, um 11 Uhr.

Samstag, 30. November, 10 Uhr, ICM München
Zur Meisterfeier der Handwerkskammer für München und Oberbayern spricht Oberbürgermeister Christian Ude Grußworte.

Sonntag, 1. Dezember, 18 Uhr, St.-Jakobs-Platz
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zum Chanukka-Fest der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern.

Montag, 2. Dezember, 10.15 Uhr, Riesenburgstraße 19
Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Maria Pfeifer im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 4. Dezember, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

(teilweise voraus)
OB Ude zur Leerstandsdebatte: Wer fälscht denn hier?
(27.11.2013) Zur gestrigen Berichterstattung und Kommentierung der Süddeutschen Zeitung erklärt Oberbürgermeister Christian Ude:
„Der 5. März 2013 ist dank einer Protestaktion gegen Wohnungsleerstände in der Müllerstraße noch in plastischer Erinnerung. Aufgefordert von Initiator Til Hofmann hatte ich damals besichtigt, wie eine 1-Zimmer-Wohnung im Dachgeschoss mit geringem Aufwand renoviert werden kann. Fast alle Münchner Zeitungen veröffentlichten Fotos vom Klingelschild, auf dem fehlende Namensschilder durch ironische Hinweise ersetzt worden waren. Beim Gang durchs Treppenhaus fielen mir Wohnungstüren ohne Namensschilder auf. Erst bei einer zweiten Begehung noch am selben Tag wurde mir bekannt, dass die Wohnungen ohne Namensschilder tatsächlich seit Jahren vermietet waren.
Wie die Rathaus Umschau noch am selben Tag meldete, hatte ich sofort nach der Besichtigung mit dem Kommunalreferenten vereinbart, leerstehende Wohnungen ‚schnell und kostengünstig in einen bewohnbaren Zustand zu versetzen und einer Wohnnutzung zuzuführen'. Dies hat der Kommunalreferent auch getan. In der darauffolgenden Referentenrunde bekräftigte ich nochmals, dass langwierige Leerstände nicht akzeptabel seien und mit Zwischennutzungen beendet werden müssten. Damit kein falscher Eindruck entstehe, sollten bei tatsächlich vermieteten Wohnungen auch die Klingelschilder und die Wohnungsschilder in Ordnung sein. Kein einziges Mitglied der Referentenrunde hat dies in dem von der SZ unterstellten Sinn verstanden, dass tatsächliche Leerstände „übertüncht" oder ‚kaschiert' werden sollten. Vielmehr war allen bewusst, dass eine tatsächlich durchgeführte Vermietung auch erkennbar gemacht werden sollte. Bei der gestrigen Arbeitsrunde aller mit Wohnungsleerständen befassten Re-

ferate und Wohnungsbaugesellschaften ist dies sowohl von den Referatsleitungen sowie von den Geschäftsführungen bestätigt worden. Die Referatsleitungen und Geschäftsführungen haben auch versichert, die Mitarbeiter entsprechend unterrichtet zu haben.
Im Übrigen ist der Vorwurf der SZ, Wohnungsleerstände sollten ‚übertüncht' und ‚kaschiert' werden, schon deshalb abwegig, weil ja die Stadtverwaltung bereits am 21. Februar 2013 auf Antrag der SPD eine Liste der Leerstände in öffentlicher Sitzung (!) vorgelegt hatte. Tatsache ist, dass die Stadtverwaltung bei Wohnungsleerständen vollständige Transparenz hergestellt hat.
Im Gegensatz zur Realität befindet sich somit auch die Behauptung der SZ, der ‚naheliegende Vorschlag, alle städtischen Leerstände offenzulegen', sei ‚vom Tisch gewischt' worden. Vielmehr war er zum Zeitpunkt der Referentenrunde längst verwirklicht.
Unwahr ist weiterhin die Anschuldigung, die Stadt habe bei ‚halb verfallenen Häusern' nur mit dem ‚Austausch von Klingelschildern' dem Missstand entgegenwirken wollen. Tatsächlich arbeitet seit April 2013 unter Leitung des Kommunalreferenten Axel Markwardt die ‚Task Force Leerstand und Zwischennutzung' als referatsübergreifende Arbeitsgruppe mit Hochdruck daran, Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen zu beschleunigen, um Zwischenvermietungen oder Neuvermietungen zu ermöglichen.
Im Übrigen halte ich es nicht für abwegig, sondern für selbstverständlich, mit Protestformen wie Hausbesetzungen zu rechnen und seiner Verkehrssicherungspflicht nachzukommen. Dass die SZ Protestaktionen mit angereisten Aktivisten für ausgeschlossen hält, überrascht im Jahr der Baumbesetzung vom Josephsplatz und des Hungerstreiks am Rindermarkt."

Stadtrat: Claudia Tausend geht – Christoph Frey rückt nach
(27.11.2013) Der Münchner Stadtrat bekommt ein neues Mitglied. Der 37-jährige Christoph Frey rückt zum 1. Dezember für die langjährige Stadträtin Claudia Tausend (beide SPD) als ehrenamtliches Mitglied nach. Die Vollversammlung des Stadtrats hat heute beschlossen, die 49-Jährige mit Wirkung zum 30. November aus dem Mandat als Stadträtin zu entlassen. Tausend, bisher stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und deren planungspolitische Sprecherin, war am 22. September in den Deutschen Bundestag gewählt worden.

Christkindlsingen am 1. und 3. Advent

(27.11.2013) Zur Einstimmung auf die Weihnachtszeit im heimischen Kreis lädt das Kulturreferat in Zusammenarbeit mit München Tourismus am 1. und 3. Adventssonntag zum gemeinsamen Singen von bairischen und Münchner Weihnachtsliedern im unteren Foyer des Alten Rathauses, ein. Am Sonntag, 1. Dezember, 14 bis 15 Uhr, werden unter dem Motto „Nikolo bum bum! – Nikolaus und Klöpfln" alpenländische Winterlieder, und am Sonntag, 15. Dezember, 15 bis 16 Uhr bei „Auf Weihnachten zua" alpenländische Lieder zur Advents- und Weihnachtszeit eingeübt. Elisabeth und Franz Mayrhofer, musikalisch unterstützt von Helmut Schweiger, laden alle Singbegeisterten und Neugierigen – Erwachsene, Kinder, Jugendliche oder ganze Familien – zum Mitsingen ein. Noten- oder Gesangkenntnisse sind nicht erforderlich. Die Singstunde ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.
Seit 2010 bietet das Kulturreferat eine Weihnachtsliedersammlung von alpenländischen Weihnachtsliedern auf seinen Internetseiten *www.muenchen.de/volkskultur* unter der Rubrik Publikationen: Alpenländische Weihnachtslieder zum kostenlosen Abruf an. Aktuelle Informationen sind ebenfalls unter *www.muenchen.de/volkskultur* abrufbar.

Hausbau: Experte erklärt, was beim Bauvertrag wichtig ist

(27.11.2013) Ein Eigenheim kauft man sich in der Regel nur einmal im Leben. Bauverträge sind für viele Bürgerinnen und Bürger daher Neuland. Welche Punkte in den Vertrag sollten und wie er am besten formuliert wird, erklärt Bauberater Bernd Weitzenbauer in seinem Vortrag am Mittwoch, 27. November, um 18 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10. Außerdem informiert der Referent über den notariellen Kaufvertrag mit dem Bauträger. Denn trotz gesetzlicher Makler- und Bauträgerverordnung enthalten die Verträge oft Klauseln, die Hauskäuferinnen und Hauskäufer benachteiligen. Im Rahmen des Vortrags geht Weitzenbauer auch auf individuelle Fragen der Besucherinnen und Besucher ein. Der Eintritt ist frei.

Reihe „Green Visions" zeigt Film über Klimawandel

(27.11.2013) Am Donnerstag, 28. November, 20 Uhr, zeigt die Offene Akademie der Münchner Volkshochschule (MVHS) im Vortragssaal der Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, den Film „Thin Ice" (Großbritannien und Neuseeland 2012, englische Originalfassung, 90 Minuten). Der Film von Simon Lamb ist ein Beitrag zur Reihe „Green Visions", die sich im Herbst und Winter dem Thema Klimawandel widmet. Präsentiert werden Umweltdokumentationen aus der ganzen Welt, gefolgt von Dis-

kussionen mit Regisseurinnen und Regisseuren, Umweltexpertinnen und -experten sowie Filmwissenschaftlerinnen und Filmwissenschaftlern. Im Anschluss an die Filmvorführung steht Professor Dr. Anders Levermann vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) zur Diskussion zur Verfügung. Der Film von Klimawissenschaftlern über Klimawissenschaftler ist gedacht als Antwort auf alle Verschwörungstheorien, in denen Erderwärmung als gefährliches Hirngespinst abgetan wird.
Die Veranstaltung ist eine Kooperation mit dem Rachel Carson Center für Umwelt und Gesellschaft, dem Center for Advanced Studies (CAS) an der Ludwig-Maximilians-Universität und dem Ökologischen Bildungszentrum München. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen unter Telefon 4 80 06-62 20, sowie auch unter *www.mvhs.de/offene-akademie*

Fotoausstellung „Polares Licht – reloaded" im Statistischen Amt
(27.11.2013) Im Statistischen Amt der Landeshauptstadt München, Schwanthalerstraße 68, ist vom 2. Dezember bis 7. März die Fotoausstellung „Polares Licht – reloaded" zu sehen. Gezeigt werden Fotografien aus Island und Norwegen von Susanne Lorenz. Die Vernissage findet am Freitag, 29. November, um 13 Uhr statt. Die Ausstellung ist Montag bis Donnerstag von 9 bis 16 Uhr, freitags von 9 bis 12.30 Uhr, zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

„DECOLONIZE MÜNCHEN": Arbeitskreis Panafrikanismus München
(27.11.2013) Im Rahmenprogramm zur Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN" stellen Modupe Laja, Hamado Dipama und Uche Akpulu am Sonntag, 1. Dezember, um 11 Uhr im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, unter dem Motto „Aktionsraum" den Arbeitskreis Panafrikanismus München e.V. vor. Er handelt als Interessenvertretung von und für Menschen afrikanischer Herkunft.
Panafrikanismus ist eine gesellschaftspolitische Weltanschauung und Moralphilosophie, die von Personen getragen wird, die sich als Teil einer globalen afrikanischen Gemeinschaft sehen. Aufgrund der Erfahrungen von Sklaverei, Kolonialismus und Rassismus entstand der Panafrikanismus im 17. Jahrhundert als Protestbewegung intellektueller Frauen und Männer aus der Diaspora beziehungsweise aus den USA und der Karibik. Der Verein wirkt in diesem Sinne jeder Form von Rassismus und Diskriminierung entgegen und setzt sich für ein gleichberechtigtes Miteinander und die Partizipation von Schwarzen Menschen in der Gesellschaft ein. Sein zentrales Anliegen ist daher die Menschenrechtsarbeit.
Der Museumseintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Teilnahme ist gebührenfrei.

Führung durch die Ausstellung „Hermann Landshoff“

(27.11.2013) Das Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, lädt am Freitag, 29. November, um 15 Uhr zur Führung durch die Ausstellung „Hermann Landshoff – eine Retrospektive. Photographien 1930 – 1970“ ein. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führung von Andreas Landshoff, einem Nachfahren der Familie, ist kostenlos.

Die Retrospektive von Hermann Landshoff stellt erstmals das Werk des aus München stammenden Mode- und Porträtfotografen aus. Aufgrund seiner jüdischen Abstammung zur Emigration gezwungen, lebte Landshoff von 1933 bis 1939 in Paris, um anschließend nach New York überzusiedeln, wo er ab 1941 äußerst erfolgreich für die Illustrierten „Harper's Bazaar“ und „Mademoiselle“ arbeitete. Neben seinen Modeaufnahmen, die eine Generation von Fotografen wie Richard Avedon maßgeblich beeinflusst haben, wird in der Ausstellung vom 29. November bis 21. April erstmals der einzigartige Porträtzyklus der bedeutendsten Fotografen des 20. Jahrhunderts zu sehen sein, den Landshoff zwischen 1945 und 1955 geschaffen hat. Andere Bildnisse zeigen Albert Einstein, Karl Valentin, Eva Hesse und den Kreis der Surrealisten von Max Ernst bis Marcel Duchamp in New York.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 27. November 2013

Stadt unterstützt Tanz der Marktfrauen
Antrag Stadträte Georg Schlagbauer und Josef Schmid (CSU) vom 11.2.2013

Lärmbelästigungen an U-Bahnlinien
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU) vom 7.10.2013

München soll Austragungsort des Handball-Supercups bleiben!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 28.8.2012

„Asylbewerber belästigen Parkbesucherinnen" – die Stadt tut etwas dagegen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.8.2013

„Verfassungsschützer" an Münchner Schulen – nein danke!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 16.08.2013

„Green Mantra"-Straßenbelag – eine Anregung für München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.10.2013

Stadt unterstützt Tanz der Marktfrauen
Antrag Stadträte Georg Schlagbauer und Josef Schmid (CSU) vom 11.2.2013

Antwort Kommunalreferent Axel Markwardt:

Nach § 60 Abs. 9 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Landeshauptstadt München (GeschO) dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine „laufende" Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Behandlung auf diesem Weg erfolgt.

Wie bereits mit Schreiben vom 14.02.2013 angekündigt, habe ich Ihr Anliegen im Kommunalreferat von den Markthallen München (MHM) und der Abteilung Immobilienmanagement (IM) prüfen lassen. Leider sind **dort** derzeit keine freien geeigneten Räumlichkeiten für den Tanz der Marktfrauen verfügbar.

Grund dafür ist, dass der Anwesensbestand des Kommunalreferates größtenteils von städtischen Stellen und Einrichtungen selber genutzt wird, nur ein geringer Teil ist an private Dritte vermietet und die Fluktuation der Mieter in diesem Bereich sehr gering.

Um Ihr Anliegen zu unterstützen, hat das Kommunalreferat deshalb noch andere Dienststellen nach geeigneten Räumlichkeiten abgefragt. Erfreulicherweise kann ich Ihnen als Ergebnis mitteilen, dass im Zuständigkeitsbereich anderer Dienststellen eine temporäre Raumnutzung für die Proben zum traditionellen Tanz der Marktfrauen denkbar wäre. Ich bitte Sie daher um Kenntnisnahme der folgenden eingeholten und nachstehend verkürzt wiedergegebenen Stellungnahmen:

a) Direktorium – Geschäftsleitung

Die von der Geschäftsleitung des Direktoriums verwalteten Räumlichkeiten im Neuen Rathaus können – soweit terminlich verfügbar – für die Proben der Marktfrauen **kostenlos** überlassen werden, da wir den Tanz der Marktfrauen verrechnungstechnisch als städtische Veranstaltung betrachten.

Wenngleich dies grundsätzlich auch für das Alte Rathaus gilt, sollte dieses jedoch, aufgrund der hohen Personal- und Betriebskosten bei Überlassungen an Dritte, hiervon ausgenommen werden. Neben der Tatsache, dass die dortigen Räumlichkeiten für die beabsichtigte Nutzung nach Ansicht des Direktoriums auch völlig überdimensioniert wären, müssten die Marktfrauen hierfür in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten zwingend eine externe Veranstaltungsleitung sowie einen Sicherheitsdienst für die Einlasskontrolle beauftragen.

b) Kulturreferat

Eine weitere Probemöglichkeit bietet der Saal des Stadtmuseums am Jakobsplatz, der generell anmietbar ist.

c) Kreisverwaltungsreferat

Es besteht ferner die Möglichkeit, den Saal im Anwesen Ruppertstraße 11 anzumieten. Dieser ist aber noch bis 30.06.2014 aufgrund der Wahlen belegt. Für spätere Veranstaltungen wäre der Raum aber grundsätzlich verfügbar.

Hinsichtlich der Finanzierung des Tanzes der Marktfrauen darf darauf hingewiesen werden, dass ein Großteil der Kosten für die Tänzerinnen von den MHM beglichen wird, u.a. der/die

- Kostümzuschuss pro tanzender Marktfrau,
- Kosten für den Tanzlehrer komplett,
- Kosten für die Raummiete komplett.

Die MHM bezahlten zusätzlich die Infrastruktur für den Auftritt der Marktfrauen am Faschingsdienstag 2013. Für die gesamte Veranstaltung, also Bühne, Technik, Sicherheitsdienst, Toiletten etc. fielen Kosten an, die aus dem Marketingbudget der MHM gedeckt wurden.

Für den Fasching 2013 nutzten die tanzenden Händlerinnen i.Ü. die Räumlichkeiten in der Pfarrgemeinde Heilig-Geist-Kirche unmittelbar am Markt. Der Pfarrer bat lediglich um eine Spende für die Pfarrei. Auch dieser Betrag wurde von den MHM getragen.

Wie ausgeführt, unterstützt das Kommunalreferat die Marktfrauen bereits mit erheblichem finanziellen Aufwand.

Ich wünsche den Beteiligten auch für die Zukunft weiterhin so große Resonanz und Erfolg und bedanke mich für das große Engagement.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten, damit ist die Angelegenheit abgeschlossen.

Lärmbelästigungen an U-Bahnlinien
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU) vom 7.10.2013

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 07.10.2013 führen Sie als Begründung aus:

„Ähnlich den Anwohnern von Trambahnlinien gibt es Beschwerden von Anliegern über störenden U-Bahn-Lärm. Am 17.05.2013 fragten die Stadträte Josef Schmid und Dr. Georg Kronawitter diesbezüglich nach. In ihrer Antwort kündigte die MVG für die U3 eigene Messungen an, nachdem ein Gutachten einer WEG nicht anerkannt wird. Allerdings räumte die MVG ein, dass Unebenheiten in den Schienen unter Umständen erhöhte Fahrgeräusche hervorrufen können."

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachricht vom 23.10.2013 gewährte Terminverlängerung.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) fallen. Ich habe Ihre Anfrage der MVG zur Stellungnahme weitergeleitet. Ihre Fragen können hiernach wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Ist die angekündigte Untersuchung der MVG bereits erfolgt?

Antwort der MVG:
Nein. Mit Datum vom 10.05., 04.06. und 08.07.13 wurden seitens der MVG Messungen angeboten. Leider hat sich der Anwohner erst am 27.09.13 mit der Bitte um ein Gespräch wieder bei der MVG gemeldet. Vorgesehen ist jetzt, die Messungen demnächst durchzuführen.

Frage 2:
Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Antwort der MVG:
Hierzu darf auf die Ausführungen zu Frage 1 verwiesen werden.

Frage 3:
Laut MVG gibt es neben der U3 auch Klagen über die U2 und U6. Welcher Art sind diese Klagen? Wie gedenkt die MVG hierauf zu reagieren? Falls bereits reagiert wurde, wie?

Antwort der MVG:
Die MVG prüft alle eingehenden Beschwerden und leitet im Rahmen der Möglichkeiten Abhilfemaßnahmen ein. Die genannten Beschwerden bezogen sich alle auf Erschütterungen bzw. sekundären Luftschall. Für alle Fälle konnten Lösungen im Rahmen der planmäßigen Instandhaltung gefunden werden.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

München soll Austragungsort des Handball-Supercups bleiben!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 28.8.2012

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.
Der Inhalt Ihres Antrages „München soll Austragungsort des Handball-Supercups bleiben" betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Beantwortung auf diesem Weg erfolgt.

Zu Ihrem Antrag vom 8.08.2012 teile ich Ihnen Folgendes mit:

München war bisher Austragungsort des Handball-Supercups.
Die Handball-Bundesliga hat sich jedoch für 2013 für eine Vergabe an Bremen entschieden.
Das Sportamt des Referats für Bildung und Sport wird jedoch mit den für die Vergabe Verantwortlichen in Verbindung bleiben, um den Handball-Supercup nach Möglichkeit künftig wieder nach München zu holen.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

„Asylbewerber belästigen Parkbesucherinnen" – die Stadt tut etwas dagegen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.8.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrem Antrag vom 02.08.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Der Stadtrat beschließt:
Die Stadt legt dem Stadtrat dar,
- *mit welchen Mitteln sie der wachsenden Belastung der Öffentlichkeit durch Bewohner der Asylbewerberunterkunft in der St. Veit-Straße begegnen und*
- *insbesondere das Sicherheitsrisiko für Frauen verringern will, die in offenbar zunehmendem Maße von Asylbewerbern in der näheren Umgebung der Unterkunft belästigt werden.*
- *Eine wirksame Aufsicht über das Heim und seine Bewohner wird unverzüglich hergestellt; erforderlichenfalls wird Wachpersonal abgestellt.*
- *Darüber hinaus setzt sich die LHM mit der Polizei ins Benehmen darüber, wie mehr Sicherheit ggf. durch eine verstärkte Bestreifung des umgehenden Wohngebietes hergestellt werden kann."*

Das Sozialreferat hat sich bereits – der Intention Ihres Antrages entsprechend – mit der Regierung von Oberbayern als Betreiberin der St.-Veit-Straße und das Kreisverwaltungsreferat mit der Polizei in Verbindung gesetzt. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Antwort des Kreisverwaltungsreferates zu Punkt 1:
„Dem Kreisverwaltungsreferat ist keine wachsende Belastung der Öffentlichkeit durch Bewohner der Asylbewerberunterkunft in der St.-Veit-Straße bekannt. S. a. Antwort zu Antrag, Punkt 2."

Antwort des Kreisverwaltungsreferates zu Punkt 2:
„Nach polizeilichen Erkenntnissen, die sich auf einen Zeitraum von 4 Monaten vor dem Erscheinen der einschlägigen Presseartikel erstrecken, sind im Bereich der Erstauffangeinrichtung für Asylbewerber in der St.-Veit-Straße keine Sexualdelikte oder Beleidigungen bekannt geworden. Der zuständigen Polizeiinspektion sind in diesem Zusammenhang keine Beschwerden über Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft bekannt."

Antwort des Kreisverwaltungsreferates zu den Punkten 3 und 4:
„Die von Ihnen gestellten Anträge betreffen Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich der Regierung von Oberbayern fallen. Mangels eigener Zuständigkeit der Landeshauptstadt München kann die Behandlung Ihres Antrages nur durch die Regierung von Oberbayern vorgenommen werden."

Laut Auskunft der Regierung von Oberbayern ist eine Sozialbetreuung in der Erstaufnahme-Dependance St.-Veit-Straße durch die Innere Mission München vor Ort derzeit personell nicht möglich, die Bewohner haben aber die Möglichkeit, die Beratung in der Baierbrunner Straße wahrzunehmen und sind entsprechend informiert.

Zudem sensibilisierte die Regierung von Oberbayern ihren zu Bürozeiten anwesenden Verwaltungsmitarbeiter und den mit zwei Personen anwesenden 24-Stunden-Wachdienst, auf Ordnung und Sauberkeit auf dem Gelände der St.-Veit-Straße und auf den öffentlichen Wegen rund um die Unterkunft zu achten. Diesbezüglich sind der Regierung auch nur vereinzelte Beschwerden bekannt.

Der Antrag Nr. 08 – 14/A 04538 vom 02.08.2013 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

„Verfassungsschützer“ an Münchner Schulen – nein danke!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 16.08.2013

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Sie haben in Ihrem o.g. Antrag um Folgendes gebeten:

„Das Referat für Bildung und Sport stellt dem Stadtrat Art, Umfang und Inhalt der von Mitarbeitern des bayerischen ‚Verfassungschutzes' (VS) durchgeführten ‚politischen Aufklärung' an Münchner Schulen dar (und setzt sich zur Beibringung der einschlägigen Informationen mit den Münchner Schulen ins Benehmen). Dabei wird u.a. dargelegt, ob und inwieweit im Rahmen der VS-Veranstaltungen auch über linksextremistische Strukturen, Inhalte und Gefährdungspotentiale informiert wird.
Die Stadt unterbindet die weitere ‚Aufklärungsarbeit durch den VS an Münchner Schulen, auch an den staatlichen.“

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Den Fachabteilungen des Referates für Bildung und Sport liegen hierüber keine Kenntnisse vor.

Nur die Schulleitungen selbst können darüber Auskunft geben, ob sie in eigener Zuständigkeit mit der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) zusammengearbeitet haben oder dies beabsichtigen. Für die staatlichen Schulen hat das Referat für Bildung und Sport zudem keine unmittelbare Zuständigkeit.
Das Pädagogische Institut des Referates für Bildung und Sport arbeitet nicht mit der BIGE zusammen und wird das auch in Zukunft nicht tun. Entsprechende Angebote werden seitens des Pädagogischen Instituts auch nicht an Schulen vermittelt.
Deshalb können hierzu auch über das Pädagogische Institut keine relevanten Informationen nachgefragt werden.
Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

„Green Mantra"-Straßenbelag – eine Anregung für München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.10.2013

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„In der kanadischen Stadt Vancouver kommt seit geraumer Zeit im Straßenbau ein von der Firma ‚Green Mantra' hergestellter Straßenbelag zur Verwendung. Dabei handelt es sich um eine wachsartige Masse, die aus recycelten Plastikflaschen und Plastiktüten hergestellt wird. Der Plastikmüll wird zunächst eingeschmolzen, zu einer wachsartigen Masse verarbeitet und anschließend als Fahrbahnbelag aufgetragen. Das reduziert nicht nur den Müllberg, sondern spart bis zu 20% Energie, denn der Belag aus Plastikmüll kann bei einer Arbeitstemperatur von 40 Grad Celsius aufgetragen werden, während herkömmlicher Walz- und Gussasphalt auf rund 160 Grad erhitzt werden muss. Beim Referat für öffentliche Arbeiten in Vancouver geht man davon aus, dass durch die Verwendung des neuartigen Straßenbelags von ‚Green Mantra' etwa 300 Tonnen CO_2 pro Jahr eingespart werden können. – Fragen liegen auf der Hand."

Ihre Fragen beantworten wir wie folgt:

Vorab ist zu Ihren Ausführungen anzumerken, dass es sich bei dem Produkt der Firma „Green Mantra" **nicht** um einen Straßenbelag handelt, der aus recyceltem Plastikmüll hergestellt wird, sondern um ein Zusatzmittel auf organischer Basis, das dem bei der Asphaltherstellung verwendeten Bitumen zur Senkung der Verarbeitungstemperaturen zugegeben wird.

Das mit „Green Mantra" hergestellte Material kann mit einer um 40 Grad abgesenkten Arbeitstemperatur eingebaut werden. Die in Ihrer Anfrage zitierte Einbautemperatur von 40 Grad Celsius ist auf einen Übersetzungsfehler aus den englischen Originaltexten zurückzuführen.

Frage 1:
Inwieweit besitzt die LHM Kenntnis von „Green Mantra"-Straßenbelag?

Antwort:
Bei dem „Green Mantra"-Straßenbelag handelt es sich um einen sogenannten temperaturabgesenkten Asphalt, wie er auch in München eingesetzt wird. Das Produkt ist bekannt.

Frage 2:
Inwieweit gab oder gibt es bei der LHM Überlegungen, „Green Mantra"-Straßenbelag auch in München zu verwenden?

Antwort:
In München werden bereits für verschiedene Anwendungsfälle temperaturabgesenkte Asphalte eingesetzt.

Frage 3:
Liegen ggf. bereits Erfahrungen mit „Green Mantra"-Straßenbelag vor?

Antwort:
Es liegen noch keine Erfahrungen mit dem konkreten Produkt „Green Mantra"-Asphalt vor. Nach den Vergaberichtlinien bleibt es den Herstellern überlassen, welches Produkt für temperaturabgesenkte Asphalte verwendet wird.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 27. November 2013

Ausfall von Sportstunden in der Messestadt Riem?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU)

Ökotropholoqen im Bereich der Stadtverwaltung und ihrer Beteiligungsgesellschaften
Antrag Stadträtin Elisabeth Schosser (CSU)

Platzvergabe bei Kindertagesstätten transparent machen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Fragile Sicherheitslage im Hauptbahnhofviertel – was unternimmt der Polizeipräsident?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Josef Schmid
Stadtrat
Hans Podiuk
Stadträtin
Beatrix Burkhardt

ANFRAGE
27.11.13

Ausfall von Sportstunden in der Messestadt Riem?

Viele Bewohner der Messestadt Riem können angesichts der ständig steigenden Schülerzahlen die Aussage der Stadtverwaltung, dass das Grund-und Mittelschulangebot in der Messestadt ausreichend ist, nicht nachvollziehen.
So soll es auch zu erheblichem Ausfall von Sportstunden kommen.

Wir fragen deshalb:

1. Wie stellt sich die Situation bei der Grund- und Mittelschulversorgung aktuell hinsichtlich der Räumlichkeiten – auch im Hinblick auf Ganztagsbildung und -betreuung – dar?

2. Müssen Sportstunden ausfallen oder auf den Samstag verlegt werden?

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Hans Podiuk
Stadtrat

Beatrix Burkhardt
Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Elisabeth Schosser

ANTRAG
27.11.13

Ökotrophologen im Bereich der Stadtverwaltung und ihrer Beteiligungsgesellschaften

Dem Stadtrat ist darzustellen, inwieweit Ökotrophologen bei der Stadt und ihren Beteiligungsgesellschaften eingesetzt werden können.

Begründung:
Die „Fachleute für Ernährung, Pflege, Lebensmittelindustrie, Gesundheitswesen und Verbraucherschutz“ sind in einer alternden und sich ändernden Gesellschaft oft gefragt. Daher sollte auch die Landeshauptstadt München in ihrem Bereich, die Möglichkeiten eines Grundsatzes aufzeigen.

Elisabeth Schosser, Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Stadtratsfraktion
Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 27.11.2013

ANTRAG
Platzvergabe bei Kindertagesstätten transparent machen!

Dem Stadtrat wird dargestellt, nach welchem System die Plätze in städtischen

- Kinderkrippen
- Kindertagesstätten
- Kindergärten
- und Ganztages-Grundschulen

vergeben werden.
Außerdem wird erläutert, ob und wenn ja, wie detailliert Bewerbern für die Plätze Gründe für eine Absage genannt werden, damit die Entscheidungen der Stadt bzw. städtischen Einrichtungen für Eltern transparent und nachvollziehbar werden.

Begründung
Die LH München rühmt sich in Pressemitteilungen einer vorbildlichen Unterstützung von Eltern, die für ihre Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren eine Ganztagsbetreuung suchen.
Stadtschulrat Rainer Schweppe: „Wir wollen die Eltern bei der Suche nach einem Betreuungsplatz für ihr Kind nicht alleine lassen. Deshalb bieten wir eine persönliche Beratung an und nehmen weiter viel Geld in die Hand, um neue Plätze zu schaffen.“[1]
Viele Eltern erhalten jedoch von den gewünschten Einrichtungen eine Absage, ohne nachvollziehen zu können, woran ihre Bewerbung gescheitert ist bzw. warum andere Eltern Vorrang bekommen haben. Gängige Praxis ist es außerdem, sein Kind bei mehreren Tagesstätten anzumelden, um die Chancen zu erhöhen, einen Platz zu bekommen. Dadurch stehen viele Namen noch auf Wartelisten, obwohl die Kinder anderweitig längst einen Platz bekommen haben. Nicht nur Eltern, sondern auch das Personal der Kinderbetreuungseinrichtungen kann so leicht den Überblick über die Platzvergabe verlieren. Dass Eltern kein Vertrauen mehr in das Vergabesystem haben und sich schnell übervorteilt fühlen, ist die logische Konsequenz. Ein transparentes und übersichtliches Vergabesystem, das nachvollziehbaren Kriterien folgt, könnte hier Abhilfe schaffen.

Initiative: **Richard Progl (BP)**, *weitere Fraktionsmitglieder:* Johann Altmann (FW), Dr. Otto Bertermann (FW), Tobias Ruff (ÖDP) **,** Ursula Sabathil (FW)

1 http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtinfos/Presse-Service/Pressemitteilungen-2013/0305Aktionsprogramm-f-r-unter-3-j-hrige-Kinder--Stadt-schafft-1-400-neue-Betreuungspl-tze-und-unterst-tzt-Eltern-bei-der-Platzsuche.html

Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI
Rathaus, Marienplatz 8 ● Geschäftsstelle: Zimmer 116 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 ● Fax: 089 / 233 – 20 770 ● E-Mail: fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
27.11.2013

**Fragile Sicherheitslage im Hauptbahnhofviertel –
was unternimmt der Polizeipräsident?**

Die „Süddeutsche Zeitung“ konnte jüngst nicht umhin, über den Unmut von Geschäftsleuten und Anwohnern im Hauptbahnhofviertel zu berichten: „Von untragbaren Szenen ist die Rede, von aggressiven Bettlern und die Straßen belagernden Tagelöhnern aus Osteuropa.“ Im Rahmen eines Meinungsaustausches mit dem Münchner Polizeipräsidenten Hubertus Andrä wurde der SZ zufolge nach Lösungen für die instabile Situation gesucht, wobei der oberste Ordnungshüter der LHM aber alles in allem die Auffassung vertritt, die Lage sei im Griff und nicht weiter besorgniserregend. Gleichwohl stellte der Polizeipräsident in Aussicht, „die Klagen bei städtischen Gremien vorzutragen. Erste Ergebnisse der Bemühungen sind schon ersichtlich“ (wiedergegeben nach: http://www.sueddeutsche.de/muenchen/bahnhofsviertel-in-muenchen-gefuehlte-unsicherheit-1.1817105). - Es stellen sich Fragen.

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Bei welchen städtischen Gremien findet der Münchner Polizeipräsident in nächster Zukunft Gelegenheit, die Sorgen und Beschwerden der Anwohner und Geschäftsleute des Hauptbahnhofviertels zur Sprache zu bringen? Inwieweit und in welchen Gremien ist dies bereits geschehen (bitte den Stand zum Ablauf der sechswöchigen Beantwortungsfrist dieser Stadtrats-Anfrage – also Mitte Januar 2014 – referieren!)?

2. Der SZ zufolge sind „erste Ergebnisse“ der Bemühungen des Polizeipräsidenten „schon ersichtlich“: um welche Erfolge kann es sich bei diesen „Ergebnissen“ handeln? Welche Fortschritte in bezug auf die Sicherheitslage im Hauptbahnhofviertel kann die Stadt mitteilen, soweit sie sich als Folge der Bemühungen des Polizeipräsidenten eingestellt haben?

Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 27. November 2013

Projekt der GWG München in Sendling-Westpark mit Qualitätssiegel „Nachhaltiger Wohnungsbau“ ausgezeichnet
Pressemitteilung GWG

GWG

Presseinformation vom 27. November 2013

Download Text
unter: www.gwg-muenchen.de/presse

Ansprechpartner:
Michael Schmitt, GWG München Unternehmenskommunikation
Tel: 089 55114-212, Fax: 089 55114-218
michael.schmitt@gwg-muenchen.de

Projekt der GWG München in Sendling-Westpark mit Qualitätssiegel „Nachhaltiger Wohnungsbau“ ausgezeichnet

Der Verein zur Förderung der Nachhaltigkeit im Wohnungsbau NaWoh hat das Qualitätssiegel „Nachhaltiger Wohnungsbau“ an die GWG München verliehen. Das Qualitätssiegel wird für neue Wohngebäude vergeben, die den Kriterien des Nachhaltigkeits-Bewertungssystems entsprechen und die sich freiwillig einer umfassenden Prüfung unterziehen lassen. Ausgezeichnet wurden die beiden Plus-Energie-Häuser an der Krüner Straße im Stadtteil Sendling-Westpark. Die Verleihung des Qualitätssiegels erfolgte am 21. November 2013 in Berlin auf dem „Tag der Wohnungswirtschaft“ des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen.

Für den nachhaltigen Wohnungsbau

NaWoh hat sich zum Ziel gesetzt, die Grundsätze der Nachhaltigkeit in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft zu fördern. Insbesondere die Handlungsmöglichkeiten von Wohnungsunternehmen als Bestandshalter werden bei der Vergabe des Qualitätssiegels berücksichtigt. Neben der Wohnqualität ist das Herstellen eines methodischen Zusammenhangs zwischen Gebäudestandort und Wohnumfeld ein weiteres Kriterium. Eine besondere Rolle spielt auch die Einbeziehung der ökologischen Qualität unter Berücksichtigung der ökonomischen Nachhaltigkeit aus Sicht des Bauherrn.

Münchens erste Plus-Energie-Häuser

Mit der Baumaßnahme an der Krüner Straße setzt die GWG München neue Maßstäbe in Bezug auf nachhaltiges Bauen. In den zwei Häusern entstanden 71 Wohnungen mit einem Wohnungsmix aus 1-Zimmer- bis 5-Zimmer-Wohnungen. Die beiden Gebäude sind Münchens erste Plus-Energie-Häuser im Geschosswohnungsbau. Die Gebäudehülle entspricht dem KfW-Effizienzhaus 70-Standard. Der niedrige Primärenergiebedarf – bezogen auf Heizung und Warmwasser – wird erreicht durch die Kombination aus Fernwärmeversorgung und thermischer Solaranlage sowie durch eine Fußbodenheizung mit geringer Vorlauftemperatur und dezentrale Warmwasserstationen in den Wohnungen.

Eine Photovoltaikanlage produziert zusätzlich soviel elektrische Energie und speist diese ins Stromnetz ein, dass die Primärenergiebilanz der Gebäude im positiven Bereich liegt. Durch diese sorgfältig optimierte Energieeinsparung im Bereich des geförderten Mietwohnungsbaus leistet die GWG München einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz.

Der Verein zur Förderung der Nachhaltigkeit im Wohnungsbau sieht die Stärken des Projekts im Außenraum, der Barrierefreiheit, in den Freiflächen für Jugendliche, in der energetischen Qualität, in der Ökobilanz und der Werthaltigkeit der Investition.
Die Geschäftsführer der GWG München, Dietmar Bock und Hans-Otto Kraus, freuen sich über die Auszeichnung: „Damit wird durch ein transparentes, anerkanntes Verfahren deutlich, dass die Bestrebungen, nachhaltig zu bauen, zum Erfolg führen. Bei diesen Projekten ist uns das besonders wichtig, da es sich um geförderten Wohnungsbau mit niedrigen Mieten handelt. Einmal mehr gilt hier: hohe Qualität zu tragbaren kosten."

Die GWG München
Derzeit bewirtschaftet die GWG München über 27.000 Mietwohnungen und knapp 600 Gewerbeeinheiten. Sie arbeitet kontinuierlich daran, in der stetig wachsenden Stadt bezahlbaren Wohnraum für die Münchnerinnen und Münchner anzubieten. Darüber hinaus engagiert sich das Unternehmen in der Stadtteilentwicklung, realisiert Wohnformen für alle Lebensphasen und verpflichtet sich dem Klimaschutz. Im Mittelpunkt aller Aktivitäten steht immer die Wohn- und Lebensqualität der Kunden.